



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/89 - 25. April 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>1. Mai 1962</u> Von Erich Ollenhauer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	60
3	<u>Wer regiert in den USA ?</u> Widerlegung kommunistischer Gesellschaftslehre	43
3a	<u>Offene Wunden</u> Spannungen in unserem Gesellschaftsgefüge Unüberhörbare Kritik der Evangelischen Kirche	67
4 - 5	<u>Wirtschaft und Wissenschaft</u> Zur Jahresversammlung des Stifterverbandes	97
6 - 7	<u>Mockauer Integrations-Pläne</u> Gegengewicht zum "Polyzentrismus"	63

* * * * *
* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

1. Mai 1962

Von Erich Ollenhauer

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mehr denn je in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg spürt das deutsche Volk an diesem 1. Mai die Berechtigung der alten Forderungen unserer freien und demokratischen Arbeiterbewegung.

Das weltweite Wettrüsten mit schrecklichen Vernichtungswaffen droht die ganze Menschheit an den Rand einer unvorstellbaren Katastrophe zu drängen. Umso stärker muss daher an diesem 1. Mai der Ruf nach allgemeiner und kontrollierter Abrüstung ertönen. Nur eine Politik der Entspannung und Abrüstung wird die Menschheit vor der Vernichtung bewahren.

Schon immer, seitdem die arbeitenden Menschen den 1. Mai zu ihrem Feiertag erhoben haben, war der Appell an den Friedenswillen der Mächtigen dieser Welt eines ihrer entscheidenden politischen Bekenntnisse. Deshalb begrüßen wir Sozialdemokraten besonders den diesjährigen Mai-Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der klar zum Ausdruck bringt, dass nur auf dem Wege über die allgemeine Abrüstung eine konstruktive Friedenspolitik möglich sein wird.

Wenn der Frieden bedroht ist, gerät auch die Freiheit in Gefahr; nicht nur die Freiheit der Völker, auch die des einzelnen Menschen.

Frieden und Freiheit - das sind die grossen Ziele der freien und demokratischen Arbeiterbewegung, zu denen wir uns heute erneut bekennen. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass die Achtung vor dem Menschenleben in Perioden kriegerischer Auseinandersetzungen verlorengeht; sie hat uns auch gelehrt, dass in Kriegszeiten die Freiheit erdrosselt wird, dass Zerstörung, Not und Elend die Menschen um die Früchte ihrer Arbeit bringen.

Auch an diesem 1. Mai wollen wir unser Volk und die Mächtigen dieser Erde aufrütteln, um der Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, dass nur die Erhaltung von Freiheit und Frieden die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Dasein ist.

Seit dem 13. August 1961, jenem Tag, an dem die Schandmauer in Berlin errichtet wurde, ist es noch schwieriger geworden, den inneren Zusammenhalt unseres Volkes zu wahren. Wir wissen jedoch, dass auch die Mauer in Berlin, die heute nicht nur symbolisch unser Volk trennt, nur durch eine Politik der Entspannung beseitigt werden kann.

Das Recht unseres Volkes auf seine Selbstbestimmung ist unabdingbar. Diesem Recht eines Tages zum Durchbruch zu verhelfen, wird das Ergebnis unendlicher Bemühungen um eine Politik der sachlichen Auseinandersetzungen auch mit jenen Kräften sein, die uns heute dieses Recht verweigern.

Aber dort, wo wir frei sind, wo wir in einem demokratischen Staat unser Leben selbst in Freiheit gestalten können, müssen wir stets bereit sein, ein Höchstmaß sozialer Gerechtigkeit für **a l l e** anzustreben.

Die soziale Sicherheit für **j e d e n** Menschen im freien Teil Deutschlands ist das Fundament unseres Willens zur Verteidigung der Freiheit, wenn sie bedroht ist. Sie ist auch die Grundlage für die überall in der Welt immer stärker werdende Einsicht, dass nur ein Gemeinwesen der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit - die Völker vor Katastrophen bewahrt.

Wenn die freie deutsche Arbeiterbewegung auch in Zeiten der Not und der Bedrängnis diese Ideen zum Grundsatz ihres Wirkens gemacht hat, erfüllt sie damit den Auftrag unserer Verfassung, der da lautet: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat.

Wer sich jedoch so verhält, als würde die freie und demokratische Arbeiterbewegung jemals im Gegensatz zu einem solchen Staat stehen, zweifelt an den treuesten Stützen der deutschen Demokratie.

Hier schliesst sich der Kreis der alten und immer wieder neuen Forderungen der freien Arbeiterbewegung. Die Methoden, mit denen die aufgezogenen Ziele angestrebt werden, mögen sich von Generation zu Generation ändern. Die Ziele sind die gleichen geblieben. Sie lauten - auch an diesem 1. Mai 1962

Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit!

Wer regiert in den USA ?

sp - Nach kommunistischer Auffassung sind in den demokratischen Staaten die aus freien Wahlen hervorgegangenen, sich auf eine Mehrheit im Parlament stützenden Regierungen Werkzeuge und Willensvollstrecker der "Kapitalisten". Sie gehorchen nicht dem Willen des Volkes, sondern sind der Macht des Grosskapitals unterworfen. Das kann sein, muss aber nicht sein.

So sind die Kommunisten unfähig, einen Vorgang zu begreifen, der diese These direkt auf den Kopf stellt. Er hat sich in den Vereinigten Staaten abgespielt, jenen mächtigen Gegenspieler der Sowjetunion, der in kommunistischer Sicht als Prototyp eines allmächtig herrschenden, die jeweilige Regierung in seinen Dienst stellenden Kapitalismus gilt. Wer jedoch in den USA regiert, zeigte der Ausgang des Konflikts zwischen der amerikanischen Stahlindustrie und der Regierung Kennedy. Schon die Drohung, ein Kartellverfahren einzuleiten und Regierungsaufträge zu entziehen, genügte, um die Stahlindustrie zur Rücknahme einer willkürlich festgesetzten Preiserhöhung von sechs Dollar pro Tonne zu bewegen. Die Monopolkönige schäumten, aber sie mussten sich, wenn auch widerwillig, dem Wunsche der Regierung fügen. Die über das einseitige Vorgehen der Stahlindustrie aufgebrachte öffentliche Meinung stand hinter Kennedy. Hier wurde offenbar, was eine demokratische Regierung auch gegen mächtige Interessengruppen erreichen kann, sofern nur schnell entschlossen und kraftvoll gehandelt wird.

Mit dem kommunistischen Weltbild ist dies freilich nicht zu vereinbaren. In ihm sind die Regierungen in den demokratischen Staaten nur Apparate der "herrschenden Klasse gegen das Proletariat". Lenin hat diese die Wirklichkeit des modernen Industriestaates gründlich verkennende These in vielen Büchern erklärt und sie ist zum Glaubenssatz für die Kommunisten in aller Welt geworden. Wer diesem Glaubenssatz huldigt, dem fehlt das Verständnis für die in der pluralistischen Gesellschaft wirkenden Kräfte, der kann auch nie Wesen und Funktion einer lebendigen Demokratie begreifen. Noch am gleichen Tage, an dem der amerikanische Präsident Kennedy auf einer Pressekonferenz seinem Zorn über das Vorgehen der Stahlindustriellen freien Lauf liess, sein Justizminister ein Kartellverfahren ankündigte, der Verteidigungsminister mit der Sperre von Regierungsaufträgen drohte, liess sich der Moskauer Rundfunk vernehmen, die Macht der USA-Regierung wäre begrenzt, die der Monopole dagegen unbegrenzt, diese diktierten, und die Regierung hätte zu folgen.

Wie gründlich wurde der sowjetische Rundfunk widerlegt ... Das wird ihn freilich nicht hindern, bei ähnlichen Gelegenheiten die gleiche Sicht zu pflegen - eine Sicht, die aus erstarrter Weltanschauung kommt und sich dem Blick für die viel differenziertere gesellschaftspolitische Wirklichkeit verschliesst.

+ + +

Offene Wunden

Spannungen in unserem Gesellschaftsgefüge

ler. - Die in diesen Tagen veröffentlichte Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Eigentumsfrage in der Bundesrepublik ist ein erregendes Dokument. Es beleuchtet die soziale und gesellschaftspolitische Wirklichkeit, wie sie sich 17 Jahre nach dem Zusammenbruch im freien Teil Deutschlands herausgebildet hat - eine Wirklichkeit mit vielen hässlichen Schönheitsflecken und gefährlichen, die Grundlagen unseres Staates bedrohenden Spannungen im Gesellschaftsgefüge. "Man kann nicht erwarten," heisst es in der Denkschrift, "dass eine gesellschaftliche Ordnung durch alle daran Beteiligten mitgetragen wird, wenn in ihr einseitig die einen begünstigt, die anderen aber benachteiligt werden. Diese Gefahr besteht regelmässig dort, wo die Verfügung über die politische Macht und über die wirtschaftlichen Güter eines Volkes in denselben Händen liegt". Und an anderer Stelle: "Es widerspricht nicht einer gerechten Ordnung der Wirtschaft, wenn diejenigen, die besondere Leistungen erbringen, auch einen entsprechenden Anteil an dem gemeinsamen Arbeitsertrag erhalten, und wenn allen Mitbürgern die Möglichkeit gegeben ist, den Ertrag ihrer Arbeit wieder nutzbringend in Produktivvermögen anzulegen".

Die Verfasser der Denkschrift sind gewiss keine Sozialrevolutionäre, doch verschliessen sie sich nicht der Notwendigkeit einer Korrektur der gegenwärtigen Besitzverhältnisse. Sie legen ihre kritische Sonde an eine Entwicklung, die das Entstehen von Riesenvermögen in der Hand einiger Weniger begünstigte und eine ungerechte Verteilung des Sozialprodukts bewirkte. Am Wiederaufbau unserer durch den Krieg zerstörten Wirtschaft hatten alle Schichten des Volkes teilgenommen, aber nicht allen kamen die Früchte des Wiederaufstiegs aus Schutt und Trümmern zugute. Die Mehrzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger und auch viele Selbständige sind bis heute nicht in der Lage, Vermögen zu bilden. Die Verpflichtung des Grundgesetzes, unser Staat habe auch ein sozialer Rechtsstaat zu sein, ist noch lange nicht erfüllt. Die Sparfähigkeit bleibt für viele Schichten unseres Volkes auf ein Mindestmass beschränkt und so Prozent aller Beschäftigten bleibt die Möglichkeit des Erwerbs an Produktionsmitteln verschlossen.

Die Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland wird lange Zeit die allenthalben in Fluss befindliche Diskussion über unsere Sozial- und Wirtschaftspolitik befruchten, ja ihr entscheidende Anstösse geben. Ihre Initiatoren gehen vom Blick für das Ganze aus; das Ganze ist gefährdet, wenn Teile davon übermächtig werden. Eine Gesellschaft, in der viele ihrer Bürger das Gefühl bekommen, nicht das zu erhalten, was die moderne Industriegesellschaft an Allgemeinwohlstand bieten kann, lähmt den Willen, die Freiheit zu erhalten. Darauf die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt und auf die Verantwortung aller staatserbaltender Kräfte hingewiesen zu haben, unseren Staat so zu gestalten, dass er zur Heil statt aller werde, bleibt das grosse Verdienst dieser aufrüttelnden und zur rechten Stunde erscheinenden Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche. An ihr kann keiner vorübergehen, dem es - im besten Sinn des Wortes genommen - um die Gesunderhaltung unseres Volkes und Staates geht.

Wirtschaft und Wissenschaft

BN. - Artikel im Wert von 400 Millionen DM, 20 Prozent des Umsatzes, wurden in einer Gruppe der chemischen Großindustrie für ein Geschäftsjahr allein durch die Forschung entwickelt und dann marktfähig gemacht. An dieses Beispiel muß man denken, wenn der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die Unternehmerorganisation zur Förderung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, am 26. April in Wiesbaden zu seiner Jahresversammlung zusammentritt.

1961 brachte der Stifterverband rund 28,5 Millionen DM an allgemeinen Wissenschaftsspenden auf. Noch erheblich größer sind die Beträge, die über die Vertragsforschung, die Gemeinschaftsforschung von Industrieverbänden und die betriebseigene Forschung und Entwicklung den wissenschaftlichen Einrichtungen zufließen. So kann der Stifterverband feststellen, daß für die Finanzierung des Wiederaufbaus von Wissenschaft und Forschung von 1948/49 bis 1960 die öffentliche Hand - Bund, Länder und Gemeinden - 10 600 Millionen DM aufwandte, während die gewerbliche Wirtschaft im gleichen Zeitraum dafür 8230 Mill. DM verausgabte. Daß allein in internationalen Unileverkonzern in Deutschland, Holland und England 3600 Mitarbeiter mit Forschung und Entwicklung befaßt sind, gibt einen Begriff von den Größenordnungen. Andererseits werden einzelne Hochschulinstiute, vom staatlichen Geldgeber stiefmütterlich behandelt, durch diese Finanzierung aus Privathand zu reinen "Industriefilialen". Wirtschaft und Wissenschaft sind in der Tat in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft unlösbar miteinander verknüpft. Braucht jene wissenschaftlich geschulten Nachwuchs- und praktikable Ergebnisse der Forschung, so kann diese nicht auf Erfahrungen und Kritik der Praxis verzichten, wenn sie nicht im "Elfenbeinturm der Wissenschaft" jeden Wirklichkeitssinn verlieren will.

Belebung der öffentlichen Diskussion

Der Stifterverband ist in den letzten Jahren stets mit Mahnungen und Forderungen an den Staat, an die Hochschulen, aber auch an die Wirtschaft selbst in die Öffentlichkeit getreten. Er drängte auf einen beschleunigten Ausbau der Universitäten und verlangte eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben für die Wissenschaft auf ein Prozent des Volkseinkommens. Im Gesprächskreis "Wissenschaft und Wirtschaft", dem 200 führende Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Wissenschaft und freier Berufe angehören, hat er sich zusammen mit den Unternehmerverbänden ein sachkundiges Beratungsgremium, aber auch ein Organ mit öffentlicher Wirksamkeit geschaffen. Die wichtigsten Vorschläge wurden in der Schrift "Gedanken zur Wissenschaftsförderung" zusammengefaßt und dem Bundestag, der Bundesregierung und den Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen unterbreitet. Einige führende Großunternehmer, unter ihnen der Vorsitzende des Stifterverbandes, fanden schließlich Sitz und Stimme als Vertreter der Öffentlichkeit im Wissenschaftsrat. So kommt dem Stifterverband zweifellos das Verdienst zu, die Finanzierung der Wissenschaft durch die Wirtschaft nach Kräften unterstützt und die öffentliche Diskussion um die allgemeine Wissenschaftsförderung belebt zu haben.

Grenzen

Es schmälert diese Verdienste der Wirtschaft und ihrer auf diesem Gebiet führenden Männer wie der Generaldirektoren E.H. Vits, H. Kost und H. Reusch nicht, wenn man auch die Grenzen dieses Einflusses betont.

Die Unternehmer im Stifterverband stellen mit Recht fest, daß die Wirtschaft heute auf den Stand der Wissenschaft und auf die Qualität und Zahl des akademischen Nachwuchses angewiesen ist, daß sie zu den entscheidenden Gestaltungskräften der heutigen Gesellschaft gehört und hauptsächlich Trägerin der steuerlichen Lasten ist. Da man daraus ein Mitspracherecht in der Wissenschaftspolitik ableitet, so ist festzuhalten, daß "Wirtschaft" in diesem Sinne nicht die Unternehmer allein meinen kann, sondern die Gesamtheit der Gesellschaft im Wirtschaftsprozess. Eine Beteiligung und ein gewichtiger Beitrag für die Wissenschaftspolitik vor allem der Gewerkschaften, aber auch anderer Gruppen in der Wirtschaft ist also zu fordern.

Manches Fach geht leer aus

Kirchen oder Volkshochschulen, Schulen oder die Staatsverwaltung sind jedoch ebenso legitime Partner der Diskussion mit den autonomen Hochschulen und Forschungsstätten, da diese im Bezugssystem des ganzen sozialen Gefüges stehen und der Gesellschaft als Ganzem verpflichtet sind. Wirtschaftliche Gesichtspunkte können und sollen dabei eine Rolle spielen, aber nicht überwiegen. Verzerrungen sind sonst unvermeidlich. Die Atomforschung und nun die Weltraum- und Raumfahrtforschung nehmen bei uns auf Drängen der Wirtschaft in kurzer Zeit einen ungeahnten Aufschwung, zugleich muß aber die Deutsche Forschungsgemeinschaft auf die prekäre Lage der Soziologie und politischen Wissenschaft, unersetzlich für das Selbstverständnis unserer Demokratie, in einer Denkschrift hinweisen. Im Ganzen fließen die erheblichen Mittel der Wirtschaft überwiegend den angewandten Naturwissenschaften und der Medizin zu - 77 % der allgemeinen Spenden nämlich - während manches wichtige Fach der Geisteswissenschaften leer ausgeht.

Gefahren eines Übermächtigen Einflusses

Der Wissenschaftsrat hat mit Zustimmung der Vertreter der Wirtschaft auf die Gefahren eines übermächtigen Wirtschaftseinflusses auf Forschung und Lehre hingewiesen. Einzelne Hochschulinstitute gehen unkontrollierte Bindungen an die Interessen privater Unternehmer ein. Hochschullehrer werden durch Gutachtertätigkeit und Auftragsforschung für die Industrie ihrer eigentlichen Aufgabe entzogen - so heißt es dort nachdrücklich. Jede Art von öffentlicher Rechenschaftslegung oder ein Überblick fehlen bei den Hochschulsenaten oder in der Staatsverwaltung, was in Anbetracht der Höhe der Summen Koordinierung und Planung in Frage stellt. Man muß hinzufügen, daß es auch an einigen Versuchen einzelner Unternehmergruppen nicht fehlt, die politischen und sozialen Leitbilder der Hochschulen bei der Bildung und Erziehung des akademischen Nachwuchses nachhaltig zu beeinflussen. Es zeichnet sich ab, daß es der Wissenschaftsrat nicht bei diesen Warnungen beläßt, sondern sich trotz einiger Widerstände zunächst einen genauen Überblick über die Sachlage verschafft. Es kommt darauf an, die Verdienste der Wirtschaft auf diesem Gebiet zu würdigen und ihren berechtigten Forderungen Gehör zu schenken, dabei aber nicht Gefahren und Versuchungen zu übersehen.

Moskauer Integrations-Pläne

H.B. Dass Mitteld Deutschlands Autoindustrie künftig Kleinwagen nicht mehr produzieren darf - was den Ulbricht-Propagandisten einen dicken Strich durch einige ihrer Rechnungen macht - hängt keineswegs nur mit dem Rohstoffmangel und der allgemeinen Wirtschaftsmisere in der Zone zusammen. Vielmehr offenbart sich darin eine der ersten sichtbaren Auswirkungen des Zuges zur vollen östlichen Wirtschafts-Integration.

Wenn viele schon bisher dazu neigten, die COMECON-Organisation als "östliche EWG" zu apostrophieren, dann lag in diesem, zugegeben anschaulichen Bild, ein entscheidender sachlicher Fehler: Der Ostblock-Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe war kein Integrationsinstrument, liess sich also mit der EWG ganz und gar nicht vergleichen. COMECON koordinierte nur, integrierte aber nicht. Das soll nun ganz anders werden. Vielerlei Gründe zwangen die kommunistischen Wirtschafts-Strategen zu neuen Überlegungen und neuen Entschlüssen:

1. Vor der geballten Wirtschaftskraft der EWG haben auch die Kommunisten heillosen Respekt. Moskau fürchtet sogar, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft könne eines Tages so attraktiv werden, dass sie wie ein Magnet auf einige bislang brave Satelliten wirkt.
2. Die Ostblock-Wirtschaft ist keine Einheit, was nach Ansicht der Ökonomen jenseits des Eisernen Vorhangs ein Mangel ist, dem nun endlich abgeholfen werden muss. Mit anderen Worten: Die Länder-Wirtschaftsplanung soll in eine zentrale Planung für den gesamten Ostblock-Bereich eingebaut werden, wodurch COMECON faktisch zu einer kommunistischen EWG würde.

Darüber scheint man auf den letzten COMECON-Sitzungen verhandelt und auch schon in grossen Zügen beschlossener zu haben. Jedenfalls liegen einige diesbezügliche Informationen aus dem Osten vor. Am detailliertesten sind jene aus Belgrad. Daraus lässt sich schliessen, dass die schon in ihren ersten Ansätzen verwirklichte Arbeitsteilung im Ostblock künftig viel umfassender und kompletter sein wird. Noch weit mehr als in der Vergangenheit soll die Wirtschaft eines jeden kommunistischen Landes nach einem fest umrissenen Branchenkatalog umorganisiert werden. Das heisst: Die Spezialisierung der einzelnen Volkswirtschaften auf ganz bestimmte Produktionszweige wird in echt kommunistischer Manier perfektioniert. Nur die Sowjetunion soll eine Ausnahme bilden, weil sie das "am meiste entwickelte Land des Ostblocks" ist und zudem eine "gewisse internationale

Handlungsfreiheit auch in der Wirtschaft" benötigt - um zum Beispiel in der Entwicklungspolitik weiterhin mitmischen zu können. Deshalb wird die "supranationale Behörde", die offenbar nach Luxemburger oder Brüsseler Muster geschaffen werden soll, zwar die Volkswirtschaften des osteuropäischen Raumes dirigieren, aber nicht die der Sowjetunion.

Betriebsgeheimnis der Integrations-Spezialisten

An sich könnte man dies alles eine folgerichtige Entwicklung nennen, wenn nicht just zu dem Zeitpunkt, da die östlichen Planungszeren die Wirtschaft voll integrieren wollen, politisch ein gegenteiliger Trend spürbar wäre. Man kann doch - auch wenn man die Differenzen zwischen Moskau und Peking sowie den Krach Chruschtschows mit dem widerborstigen albanischen Diktator Hodscha nicht überschätzt - kaum die Tatsache bestreiten, daß auch ansonsten die Einheitlichkeit im Ostblock stark gelitten hat, daß sich der "Polyzentrismus" immer mehr zu einer politischen Realität entwickelt. Wie diese beiden gegeneinander wirkenden und sich sozusagen gegenseitig aufhebenden Tendenzen unter einen Hut gebracht werden sollen, ist bis zur Stunde noch das Betriebsgeheimnis der östlichen Integrations-Spezialisten.

Vielleicht ist es gar nicht so abwegig, was die Jugoslawen vermuten, daß nämlich die wirtschaftliche Integration die politischen Zentrifugalkräfte neutralisieren soll. Nach Lage der Dinge ist aber kaum anzunehmen, daß sich das ohne größere Schwierigkeiten erreichen läßt. Denn einmal haben verschiedene Ostblock-Führer an der etwas größeren Bewegungsfreiheit Geschmack gefunden. Zum anderen wird insbesondere Gomulka, der bekanntlich nicht nur in der Landwirtschaft am erfolgreichsten abgeschnitten hat, wenig Begeisterung für einen Plan zeigen, der ihm die Früchte des polnischen Fortschritts raubt.